



### Presseschau vom 23.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ukrainer „verkauft“ Parlament für knapp 300 Euro

Ein ukrainischer Bürger hat im Netz eine Anzeige aufgegeben, in der er die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) zum Verkauf stellte. Die Anzeige erschien laut russischen Medienberichten auf der ukrainischen Webseite OLX.

Der Preis betrug laut der Anzeige 10.000 Griwna (umgerechnet rund 285 Euro).

„Ich verkaufe die Werchowna Rada samt allem Inhalt, günstig, aufgrund ihrer Nutzlosigkeit. Ich habe sie für mich gekauft, aber heute ist sie zu teuer und sackt ab. Bin bereit, sie gegen ein Haus am Meer inklusive Staatsbürgerschaft zu tauschen“, schrieb der Ukrainer zu seinem Inserat.

Zurzeit ist das großzügige Angebot nicht mehr zu finden, anscheinend löschte es der Autor.

de.sputniknews.com: "Nichts versprochen": Türkei will Anti-Kurden-Operation nicht auf Afrin beschränken

Die Türkei hat laut ihrem Vizepremier Bekir Bozdag weder Russland noch anderen Ländern versprochen, ihre Operation gegen Terroristen auf die von Kurden kontrollierte syrische Stadt Afrin zu beschränken.

„Die Türkei hat weder Russland noch einem anderen Land ein Versprechen gegeben. Unser Ziel ist es, Afrin von den Terroristen zu befreien und in ein sicheres Gebiet umzuwandeln. Sollte die Türkei eine Operation anderswo beginnen wollen, dann wird es ein anderes Thema und ein anderes Gespräch sein. Bislang ist die Rede vom Gebiet Afrin und wir haben alle

darüber informiert“, sagte Bozdag am Montag gegenüber der Presse.

Wie der Politiker ferner betonte, läuft die Operation erfolgreich und nach Plan, dennoch sei die internationale Unterstützung für Ankara sehr wichtig.

Am vergangenen Samstagnachmittag hatte der türkische Generalstab die Operation „Olivenzweig“ gegen kurdische Stellungen im syrischen Afrin eingeleitet. Behördlichen Angaben zufolge nahmen daran insgesamt 72 Kampffjets teil. Allein an jenem Tag seien über 150 Ziele getroffen worden. Am Sonntag bestätigte der türkische Premierminister Binali Yıldırım den Beginn einer Bodenoperation in Afrin.

Indes verurteilte Damaskus den türkischen Angriff auf Afrin als „Aggression“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31901/70/319017002.jpg>

de.sputniknews.com: Rosneft will Pipeline „Freundschaft“ bis nach Bayern verlängern  
Das russische Ölunternehmen Rosneft erwägt eine Verlängerung der Erdölleitung „Druschba“ (dt.: „Freundschaft“) von der östlichen Grenze Deutschlands bis hin zu seiner Raffinerie in Bayern. Dies teilte am Montag auf einer Pressekonferenz in Schwedt der Geschäftsführer von Rosneft Deutschland, Brian Chesterman, mit.

„Wir besprechen die Verlängerung von ‚Freundschaft‘ nach Bayern. Wir erörtern diese Frage“, so Chesterman laut einem Sputnik-Korrespondenten vor Ort.

Laut dem Geschäftsführer wurden die Investitionen noch nicht berechnet. Das Projekt werde jedoch drei bis fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Zurzeit laufen Öllieferungen über die Pipeline „Druschba“ zur Raffinerie von Rosneft im brandenburgischen Schwedt. Der neue Zweig soll zwei Raffinerien versorgen – Bayernoil in Neustadt an der Donau und MiRO in Karlsruhe.

Die erste, deren Kapazität 10,3 Millionen Tonnen im Jahr beträgt, versorgt Bayern und Nordösterreich. Die Kapazität der zweiten beläuft sich auf 14,9 Millionen Tonnen im Jahr.

de.sputniknews.com: UNO bereitet groß angelegte humanitäre Aktion für syrisches Afrin vor  
Die Organisation der Vereinten Nationen bereitet eine groß angelegte humanitäre Aktion zur Lieferung von Hilfsgütern an Bewohner der von den Kurden und der türkischen Armee umkämpften syrischen Stadt Afrin vor. Das teilte Stéphane Dujarric, Sprecher des UN-Generalsekretärs, am Montag mit.

„Wir verfolgen die Situation aufmerksam. Wir sind über Meldungen über Zusammenstöße im Raum von Afrin besorgt.“ Dujarric zufolge halten sich derzeit rund 324.000 Menschen in der

Region auf, darunter 126.000 Flüchtlinge aus anderen Gebieten.

„Das Risiko für die Zivilbevölkerung ist groß. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, friedliche Einwohner und die zivile Infrastruktur zu schützen sowie das Völkerrecht zu achten“, sagte der Sprecher.

Der Generalstab der türkischen Armee hatte am Samstag eine Operation gegen die syrischen Kurden in Afrin angekündigt. Am Sonntag wurde mit der Bodenoperation begonnen. Damaskus protestiert entschieden gegen den Überfall der Türkei auf Afrin, das ein integrierter Teil Syriens sei.

de.sputniknews.com: Afrin: Kurden verdrängen Türken und FSA-Einheiten von strategisch wichtiger Anhöhe

Die in Opposition zur Regierung in Damaskus stehende „Freie Syrische Armee“ (FSA) verlässt die von ihr eingenommene Anhöhe Burseya nordöstlich von Afrin, nachdem sie und die türkischen Truppen dort auf erbitterten Widerstand der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG gestoßen waren. Dies teilte der TV-Sender CNN Türk mit. Wie der Sprecher des Militärbündnisses „Demokratische Kräfte Syriens“ (SDF) gegenüber der Agentur Firat sagte, haben die kurdischen Volksmilizen 40 türkische Soldaten und FSA-Söldner getötet. Es gebe mehr als 300 Verletzte, hieß es.

Nach Angaben Ankaras gibt es jedoch weder Tote noch Verletzte auf der türkischen Seite.

Die kurdischen Kämpfer nutzen die Anhöhe Burseya, die eine gute Aussicht auf die türkische Grenzstadt Kilis und die von der Opposition kontrollierte syrische Stadt Azaz bietet, für Raketen- und Artillerieattacken.

Laut Medienberichten vom Montag hatten die türkischen Truppen und die FSA-Einheiten die Anhöhe Burseya im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ eingenommen, die im Norden Syriens gegen die kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG und die „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) gestartet worden war.

## **Vormittags:**

ukrinform.ua: OSZE bestätigt Tod eines Zivilisten in Grauzone

Beim Beschuss eines Busses nahe der besetzten Ortschaft Oleniwka, Oblast Donezk, ist ein 58-jähriger Mann getötet worden.

Das meldet die Sonderbeobachtermission (SMM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in einem Bericht vom 21. Januar. Im Bus seien etwa 40 bis 50 Insassen gewesen. Beim Beschuss seien zwei Zivilisten verletzt worden. Ein Verletzter sei später gestorben.

Nach Einschätzung der Beobachter wurde der Bus mit Schusswaffen aus der westlichen Richtung beschossen.

Der Stab der Antiterror-Operation (ATO) teilte über den Beschuss des Busses in Oleniwka am 21. Januar mit.

dnr-news.com: Hug: Die Mission der OSZE könnte im März 2018 beendet werden

Der erste Stellvertreter der Speziellen Beobachtermission der OSZE in der Ukraine Alexander Hug erklärte, dass die Frist für die Tätigkeit der Mission auf dem Territorium des Landes im März 2018 ausläuft. Dies sagte er während eines Treffens mit Journalisten in Mariupol.

„Er sagte auch, dass die Arbeit der OSZE in der Ukraine nach dem März 2018 verlängert werden kann, wenn es einen gemeinsamen Beschluss aller Mitglieder für eine Fortsetzung

gebe“, heißt es in der Nachricht der ukrainischen Webseite 0629.

Es wurde angemerkt, dass dieses Gespräch informellen Charakter trug und den Journalisten empfohlen wurde, nichts davon aufzuzeichnen und keine direkten Zitate wiederzugeben.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1516692060\\_screenshot\\_9.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1516692060_screenshot_9.jpg)

de.sputniknews.com: Oslo konnte keinen Ersatz für russischen Fischmarkt finden – Botschafter

Norwegen ist es laut dem russischen Botschafter Tejmuras Ramischwili nicht gelungen, einen vollwertigen Ersatz für den russischen Absatzmarkt nach den von Moskau verhängten Antwortmaßnahmen auf die EU-Sanktionen zu finden, denen sich Norwegen angeschlossen hatte, und dies hat die Fischindustrie des Königreiches schwer getroffen.

„Nach der Abkühlung der Beziehungen (zwischen Russland und Norwegen – Anm. d. Red.) im Jahr 2014 haben wir uns ebenso wie die Norweger an die neue Situation angepasst – aus ökonomischer Sicht ist es der Verlust von einer Milliarde Dollar im Fischhandel mit Russland. Es hat Versuche gegeben, Absatzmärkte zu finden, große Hoffnungen wurden mit der Verbesserung der Beziehungen zu China verbunden, doch der russische Markt war nicht ersetzt worden“, sagte der russische Diplomat am Rande der im norwegischen Tromsø stattfindenden Arktis-Konferenz „Arctic Frontiers“ im Gespräch mit Sputnik.

Das bereite den Fischern ebenso wie den Politikern in Norwegen Sorgen. Insgesamt aber würden Norwegen und Russland erfolgreiche Beziehungen im Bereich der gemeinsamen Verwaltung der Ressourcen in den Nordmeeren entwickeln, so Botschafter Ramischwili. In einem Interview mit Sputnik hatte Norwegens Fischereiminister Per Sandberg zuvor mitgeteilt, dass er hoffe, den Lachs in der nächsten Zeit auf den russischen Markt zurückzubringen. Seines Erachtens sei die mit dem Embargo für Fischlieferungen nach Russland verbundene Situation keine Herausforderung für die norwegische Fischindustrie, den Fischern sei es gelungen, neue Absatzmärkte in China, Japan und Vietnam zu finden. Russland hatte im August 2014 ein Importembargo für mehrere Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Rohstoffe und Lebensmittel aus jenen Ländern verhängt, die Sanktionen gegen

Russland beschlossen hatten, so gegen die USA, die EU-Staaten, Kanada, Australien und Norwegen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern auf das Gebiet von **Kalinowka** geschossen.

de.sputniknews.com: Russland gibt zwei Millionen US-Dollar für Uno aus  
Russland wird einen einmaligen freiwilligen Beitrag im Wert von zwei Millionen US-Dollar für die Anti-Terror-Verwaltung der Uno leisten, wie es aus der Ständigen Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen heißt.

„Ab 2019 sollen jährlich 500.000 US-Dollar für die Finanzierung der Tätigkeit der Anti-Terror-Verwaltung ausgegeben werden“, so die offizielle Mitteilung.

Russland leistet demnach einen Finanzbeitrag „als einer der großen UN-Spender im Anti-Terror-Kampf“.

Die UN-Generalversammlung hatte im Sommer 2017 die Gründung eines UN-Anti-Terror-Büros beschlossen. Der Russe Wladimir Woronkow war zum ersten Chef dieses neuen Gremiums ernannt worden.

Noch im Februar hatte UN-Generalsekretär António Guterres seine Initiative zur Gründung des Anti-Terror-Büros verkündet. In die neue Struktur sollen aus dem UN-Büro für politische Angelegenheiten das Büro für Terrorbekämpfung, der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung (CTITF) der Vereinten Nationen sowie die derzeit dort tätigen Mitarbeiter eingehen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften der Republik** beschossen. Der Gegner verwendete Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Schusswaffen und Schusswaffen.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte von Dokutschajewsk am 22. Januar 2018 wurden **fünf zivile Einwohner verletzt**.

Zusätzliche Informationen über Opfer und Zerstörungen werde noch ermittelt.

Video vom Beschuss von Dokutschajewsk:

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/iZd2IwGq1dw" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/iZd2IwGq1dw>

de.sputniknews.com: Serbien: Sozi wälzt Schuld am Politiker-Mord auf Moskau ab  
Hinter dem Anschlag auf den Serbenführer Oliver Ivanović im Kosovo steckt ganz bestimmt der Kreml, behauptet der Vorsitzende der serbischen Partei LSW (Liga der Sozialdemokraten der Wojwodina), Nedan Canak.

Die Behauptung sei ein Hirngespinnst, sagt der Militärhistoriker Miroslav Lazanski im Sputnik-Interview: „Was hat denn Russland damit zu tun? Welche Einflussmittel hat denn Russland im Kosovo wirklich? Keine“, so der Analyst.

Der LSW-Chef Canak hatte dem serbischen TV-Sender „Pink“ letzten Freitag gesagt, der Mord am Politiker Ivanović nütze Moskau: „Ich gehe davon aus, dass ein Vertreter der örtlichen Kriminalität den Abzug gedrückt hat. Aber dahinter steht russisches Interesse.“ Warum Moskau am Anschlag gegen einen serbischen Politiker beteiligt sein soll, erklärt der Sozialdemokrat so:

„Das gibt Russland die Chance, sich als Friedensstifter zu profilieren. Und dafür drückt die

Völkergemeinschaft dann beim Donbass und der Krim ein Auge zu.“

Auffällig ist: Vorher – also bevor der LSW-Chef Canak Moskau die Verantwortung für den Politiker-Mord zugeschoben hat – hatte sich der US-Geheimdienst NSA über Russlands angeblichen Einfluss auf dem Balkan ausgelassen.

Der ehemalige NSA-Mitarbeiter John Schindler hatte im „Observer“ geschrieben, jeder, der sich auskenne, wisse, wie nachteilig Russlands Einfluss für den Balkan mitunter sei – „und die Europäer sollten sich Sorgen machen darüber, dass es eine Verbindung zwischen dem Kreml und der Ermordung Ivanovičs geben könnte“.

Der Militärhistoriker Lazanski dazu: „In der Öffentlichkeit darf man ja alles sagen. Und wenn Russland schon an allem Schuld hat, was in Montenegro, Mazedonien und Bosnien passiert, dann war es nur eine Frage der Zeit, bis dieser ‚Einfluss‘ auch im Kosovo ankommt.“

Der Mord am serbischen Politiker werde nur als Vorwand benutzt, um Russland weiter zu diskreditieren, sagt der Experte: „Kein Wunder. Diese Erklärungen passen sehr gut zur Anti-Russland-Kampagne in den USA. Glaubwürdig sind sie jedenfalls nicht. In der neuen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten steht es schwarz auf weiß, dass Amerika Russland zu seinen größten Feinden zählt.“

Dan-news.info: „Seit der Beginn der Arbeit des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Gebiete der DVR wurde von den Mitgliedern des Stabs sehr viel Arbeit erledigt. In dem gesamten Zeitraum, also seit Dezember des letzten Jahres, wurden mehr als 800.000 Rubel ausgegeben“, teilte die Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik des Ministerrats der DVR Larissa Iwanilowa mit.

Sie erläuterte, dass 40 Familien in Wesjloloje im Norden Donezk Lebensmittelpakete erhalten haben, mehr als 70 Häuser in Schirokaja Balka, Golmowskij und Sajzewo bei Gorlowka wurden mit Kohle versorgt, nach Dolomitnoje wurden Brennholz und sieben Ölheizöfen geliefert. Außerdem erhielten 19 Familien finanzielle Unterstützung zum Kauf von Medikamenten.

de.sputniknews.com: Russlands Vizepremier an Carter: „Sucht in London nach Russlands Schwächen“

Die Erklärung des britischen Generalstabschefs Nick Carter über eine vermeintliche Gefahr aus Russland wird in Moskau als eine grobe Provokation und Bedrohung für die Sicherheit des Landes betrachtet.

„Der Generalstabschef der britischen Streitkräfte, Nicolas Carter, schüchtert nicht nur die Weltgemeinschaft mit der vermeintlichen russischen Gefahr ein, sondern erläutert faktisch das Programm zur Stärkung und Erweiterung der Nato immer näher an Russlands Grenzen“, so Sergej Schelesnjak, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des russischen Parlaments.

„Derartige Erklärungen eines hochrangigen Militärbeamten können als eine grobe Provokation und als Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes betrachtet werden.“

Dem Parlamentarier zufolge verstärkt die Nato unter dem Vorwand einer in der Tat nicht vorhandenen Bedrohung aus Moskau den Druck auf Russland und baut die Allianz nach Osten weiter aus.

Der russische Vizepremier Dmitri Rogosin riet Carter seinerseits, nach Russlands „Schwächen“ in London zu suchen. „Sucht nach unseren ‚Schwächen‘ in London, sie sind längst zu Ihnen gelangt“, schrieb Rogosin auf seiner Facebook-Seite.

Der britische Generalstabschef Nick Carter hatte zuvor vor einer Gefahr aus Russland gewarnt. Moskau könne demnach unerwartet „feindliche Schritte“ gegen den Westen unternehmen. Zugleich wies er darauf hin, dass Russland „die Stärke und die Mächtigen“ respektiere. Deswegen müsse der Westen „Russlands Schwächen bestimmen und danach asymmetrisch vorgehen“.

Dnr-online.ru/facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Gestern, am 22. Januar, von 17:25 bis 18:25 haben die ukrainischen Streitkräfte ein Wohngebiet von Dokutschajewsk beschossen, in der Folge wurden fünf friedliche Einwohner unterschiedlich schwer verletzt.

Watutin-Straße 13, Wohnung 44 - verletzt sind: N.W. Lekarj, geb. 1959, Diagnose: Schnittwunde an der linken Schulter; L.N. Lekarj, geb. 1959, Diagnose: zahlreiche Splitterverletzungen an der Schulter, am Rücken, am Oberschenkel.

Watutin-Straße 15, Wohnung 33 – verletzt ist R.A. Nikoforow, eb. 1980, Diagnose: Splitterverletzungen am Unterkiefer.

Licholetow-Straße 15, Wohnung 33 – Verletzt ist T.A. Popowa, geb. 1979, Diagnose: Splitterverletzungen an der linken Gesäßbacke.

Zentralnaja-Straße 83, Wohnung 21 – verletzt ist O.W. Pelipenko, geb. 1967, Diagnose: Splitterverletzung am unteren Drittel des Knies.

Außerdem wurden Wohnhäuser und Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt.

Besonders merken wir an, dass der Beschuss durch die ukrainischen Truppen erfolgte, während der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission Alexander Hug die Kontaktlinie über den KPP „Jelenowka“, 10 km von Dokutschajewsk passierte.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 96 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 181.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

## **Nachmittags:**

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat am 22. Januar die seit dem 5. Dezember ohne Vorwarnung eingestellten Wasserlieferung vom Petrowskij-Wasserwerk in die LVR wieder aufgenommen, teilte das staatliche Unternehmen Luganskwoda mit. Die Wasserversorgung für Priwetnoje, Obosnoje, Wesjolaja Gora im Slawjanoserbskij-Bezirk mussten damals auf andere Bezugsquellen umgeschaltet werden. Diese Umschaltungen wurden nun rückgängig gemacht.

Ukrinform.ua: USA liefern Anti-Panzer-Raketen Javelin an Georgien

Die erste Etappe der Lieferung der amerikanischen Anti-Panzer-Raketen Javelin ist erfolgreich abgeschlossen.

Das teilte der Verteidigungsminister Georgiens Levan Izoria nach seinem Treffen mit der US-Botschafter im Land Ian Kelly, berichtet Agenda.

Das US-Außenministerium traf die Entscheidung über möglichen Verkauf von Javelin-Raketen an Georgien im Wert von 75 Millionen Dollar.

de.sputniknews.com: Ja oder nein? Kreml fordert von Kiew klare Antwort auf Putins Vorschlag

Moskaus Vorschlag an Kiew, Dutzende auf der Krim stationierte ukrainische Kriegsschiffe und Kampfjets an die Ukraine zurückzugeben, ist laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow offiziell. Zusätzliche Benachrichtigungen seien deshalb nicht notwendig.

„Natürlich kann es offizielle Dokumente, vor allem diplomatische Noten, verschiedenste Benachrichtigungen geben“, sagte Peskow gegenüber Journalisten am Dienstag. „Die offizielle Erklärung des Staatschefs kann aber im Großen und Ganzen natürlich kaum als nicht offizieller Vorschlag betrachtet werden.“

Somit reagierte der Kreml-Sprecher auf die Erklärung des ukrainischen Außenministers Pawel Klimkin, dem zufolge Kiew keine offizielle Note mit dem Vorschlag über die Rückgabe von auf der Krim stationierten ukrainischen Kriegsschiffen und Kampfjets an die Ukraine erhalten haben soll. Die Ukraine wird laut Klimkin nichts unternehmen, was ihre politische oder Rechtsposition schwächen könnte.

Peskow wisse zwar nicht, ob offizielle Papiere über diplomatische Kanäle bereits abgeschickt worden seien. „Selbst wenn sie nicht abgeschickt wurden, ist dies auch im Grunde genommen nicht nötig, denn Russlands Präsident hat eine offizielle Erklärung abgegeben“, betonte der Kreml-Sprecher und ergänzte: „Kiew muss letzten Endes ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ sagen.“

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vor wenigen Tagen Kiew einen Kooperationsvorschlag gemacht: Russland könnte „Dutzende Schiffe und Jets“ an die Ukraine zurückgeben und ukrainische Militärs einladen, um in ihrer Anwesenheit die nicht transportierbaren Munitionsreste auf der Halbinsel Krim zu vernichten.

Ukrinform.ua: Vor Treffen mit Surkow besucht Volker den Donbass

Der Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten für die Ukraine, Kurt Volker, berichtete dem ukrainischen Informationsdienst voanews.com, er plane diese Woche die Ukraine zu besuchen.

„Um einen Einblick in die Situation in der Region zu bekommen, besucht Volker am Mittwoch, dem 24. Januar, den Osten der Ukraine, und schon am 25. Januar trifft er sich mit ukrainischen Beamten in Kiew“, heißt es im Bericht.

Am Freitag, dem 26. Januar, plant Volker in Dubai das Treffen mit dem Assistenten des russischen Präsidenten Wladislaw Surkow.

Während der Verhandlungen werden die Parteien den Stand des Konflikts im Osten der Ukraine und das mögliche Format der Friedensmission erörtern.

Es sei zu erinnern, dass Volker das letzte Treffen mit Surkow am 13. November in Belgrad als „einen Schritt zurück“ bezeichnete. Er unterstrich, dass Russland zur Idee der Einführung einer vollständigen UN-Friedensmission im Donbass nicht bereit war.

lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Beim Beschuss unserer Positionen haben die ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120- und 82mm-Mörser verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 22 Mörsergeschosse abgeschossen.

Die ukrainische Seite verletzte weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs schwerer Waffen von der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Katerinowka wurden neue Positionen einer Mörserbatterie der 10.



Gebirgssturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte entdeckt, im Gebiet von Nowoalexandrowka Feuerpositionen von zwei 122mm-Haubitzen.

Es ist eine Aktivierung der Luftaufklärung des Gegners entlang der Kontaktlinie zu bemerken. Am 22. Januar wurde der Flug einer Drohne einer Aufklärungskompanie aus dem 109. Bataillon der 10. Gebirgssturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Popasnaja-Katerinowka festgestellt.

Die Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste bei den ukrainischen Streitkräften in der „ATO“-Zone geht weiter.

Am 21. Januar erlitt der Soldat Timtschuk in der 10. Gebirgssturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte in der Folge von unvorsichtiger Umgang mit der Waffe eine tödliche Verletzung. Im Gebiet von Solotoje beging der Soldat des 109. Bataillon der 10. Brigade Schogan Selbstmord. Am Tag davor wurde er wegen eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils zur Fahndung ausgeschrieben.

Solche Fälle sind bei weitem keine Einzelfälle und werden sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

de.sputniknews.com: Operation Olivenzweig: Schritt zum Frieden für Syrien und Türkei – Moskau koordiniert

Die türkische Armee führt seit drei Tagen eine Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG bei Afrin. Syrische Truppen unterstützen die Türken am Boden und Russland koordiniert den Luftraum. Die Operation „Olivenzweig“ ist der erste Schritt zum Frieden zwischen Syrien und der Türkei, sagen Experten im Sputnik-Interview.

Viele seien sich sicher gewesen, dass Russland sich aus der „Operation Olivenzweig“ heraushalten und sie nicht koordinieren werde. „Was wir derzeit aber beobachten können, ist ein hohes Maß an Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Russland und der Türkei“, sagt der türkische Autor und Politikexperte Metehan Demir im Sputnik-Interview.

Der türkische Politologe Volkan Özdemir bestätigt:

„Die Operation ‚Olivenzweig‘ ist mit Sicherheit das Ergebnis eines Treffens zwischen dem türkischen und dem russischen Oberkommando. Ähnlich verhielt es sich mit der Operation ‚Euphrat-Schild‘, die nur wenige Wochen nach dem türkisch-russischen Treffen in Sankt-Petersburg im August 2016 begonnen wurde.“

Diese Offensive und die heutige seien zwei Teile eines großen Plans, betont der Politologe: „Der Einsatz bei Afrin zielt darauf ab, die Gründung eines Kurden-Staates zu verhindern, das Gebiet an seine rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben und damit eine Terrorquelle, die kurdische PYD, an der türkischen Grenze zu eliminieren.“

Dabei seien einige, der Türkei nahestehende Oppositionsgruppen aus Idlib nach Afrin verlegt worden, weshalb die syrischen Truppen ohne großen Widerstand den Flughafen im Osten Idlibs eingenommen hätten. „Das ist ein weiterer Beleg für die immer stärker werdende Zusammenarbeit zwischen Moskau und Ankara in Syrien“, sagt der Politologe Özdemir.

Der Unterschied zur Operation „Euphrat-Schild“ sei dabei unwesentlich:

„Zwar war das kurzfristige Ziel dieser Offensive der Kampf gegen den IS. Das strategische Ziel des ‚Euphrat-Schildes‘ bestand jedoch darin, einen kurdischen Korridor durchzutrennen, den die YPG und die PYD im Norden Syriens geplant hatten. Und diese Operation war erfolgreich.“

Der jetzige Einsatz bei Afrin könne als deren Fortsetzung betrachtet werden. Der Politikexperte Metehan Demir mahnt jedoch, die Kräfteverhältnisse in Syrien würden sich ständig verschieben. Immer wieder würden Allianzen zerschlagen, immer wieder entstünden neue Bündnisse: „Aus diesem Grund ist es schwer, klar zu trennen zwischen Freund und Feind. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, was morgen sein wird. Es ist auch schwer zu sagen, ob die heutigen Verhältnisse in Syrien dann als Bündnis oder strategische Partnerschaft fortbestehen werden.“

Eine Vorhersage wagt der Beobachter aber doch: „Im nächsten Schritt wird die Operation ‚Olivenzweig‘ nach Manbidsch verlegt“ – eine nordsyrische Stadt rund 100 Kilometer westlich von Afrin. „Dort ist ein Interessenkonflikt zwischen Russland und den USA am wahrscheinlichsten.“

Das sieht auch der Politologe Özdemir so:

„Verläuft alles, wie es soll, ist die nächste Etappe ein Einsatz bei Manbidsch und dann im Gebiet östlich des Euphrats. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Ankara und Damaskus ihre Beziehungen in Afrin regeln und in Manbidsch dann ganz offiziell normalisieren. In der dritten Etappe könnten die Länder der Region ihre Kräfte gegen die PYD und die USA vereinen.“

Dass Damaskus die türkische Offensive öffentlich verurteilt hat, sei kein Hindernis für diesen Schulterchluss, sagt der Analyst: „Diese Erklärungen sind diplomatischer Natur. Letztlich läuft die Operation unter Russlands Koordination, insofern ist davon auszugehen, dass alle Seiten damit zufrieden sind, wie sich die Ereignisse entwickeln. Tatsächlich ist die Operation ‚Olivenzweig‘ der Beginn einer Befriedung zwischen Syrien und der Türkei.“

Der Experte ergänzt: „Wenn Afrin und Idlib in naher Zukunft wieder unter die Kontrolle der syrischen Regierung gehen, war die Operation erfolgreich. Denn das Endziel ist ja die territoriale Unversehrtheit Syriens. Dieser Schritt wäre also für Damaskus ein Erfolg – und für Ankara auch.“

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte **fünfmal** den Waffenstillstand verletzt.

**In Richtung Donezk und Gorlowka** haben die ukrainischen Truppen mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen geschossen. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Sajzewo, Werchnetorezkoje, Spartak, Dokutschajewsk und das Gebiet des Volvo-Zentrums in Donezk** beschossen. Am 22. Januar gegen 17:30 hat der Gegner mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen Dokutschajewsk beschossen. **Fünf zivile Einwohner** wurden **unterschiedlich schwer verletzt**, das mehrstöckige Haus in der Zentralnaja-Straße 82 wurde beschädigt. Es ist bemerkenswert, dass der Beschuss der Ortschaft kurz vor der Ankunft des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission A. Hug in der Republik erfolgte. Die ukrainischen Truppen haben ein weiteres Mal erfolglos versucht, uns zur Erwidern des Feuers zu provozieren, damit dies im weiteren von der OSZE-Mission registriert wird. Der Gegner hat von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Klotschkow aus geschossen, zu dem Zeitpunkt, an dem die ganze Ukraine den Tag der Gemeinschaft gefeiert hat. Den Befehl zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der ATO Sabrodschij persönlich. So hat die Ukraine diesen Feiertag mit einem weiteren blutigen Verbrechen gegen Einwohner des Donbass begangen. Ich will dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte versichern, dass es für alles eine Grenze gibt und unsere Geduld nicht grenzenlos ist. Wir stellen weiter nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal der ukrainischen Streitkräfte fest. So starb am 19. Januar in der Folge der Detonation einer F-1-Granate auf dem Territorium eines Lagers der 30. mechanisierten Brigade, die im Gebiet von Krasnogorowka stationiert ist, der Vertragssoldat P.O. Koltun, der zu diesem Zeitpunkt betrunken war.

Zu diesem Vorfall wird von Offizieren des Hauptabteilung für Personalwesen des ukrainischen Verteidigungsministeriums eine Ermittlung durchgeführt, außerdem werden die Soldaten der Brigade von Militärpsychologen getestet werden.

Aber während diese Art von nicht kampfbedingten Verlusten in der ukrainischen „Alkoholarmee“ keine Seltenheit ist, so werden die Vorfälle in den Elitetruppenteilen vom

Kommando besonders sorgfältig verheimlicht. Ebenfalls am 19. Januar wurde in Mariupol wegen des Verdachts auf Verbindungen mit sogenannten „Separatisten“ und wegen Kritik an den Handlungen der ukrainischen Streitkräfte im Donbass der Soldat des internationalen Zentrums für Friedensschaffung und Sicherheit der ukrainischen Streitkräfte, der Unterleutnant S.O. Dergatschow erhängt. Die offizielle Version des Kommandos des Zentrums lautet Selbstmord. Dieser Vorfall demonstriert ein weiteres Mal die völlige Zersetzung der ukrainischen Armee, die bis in die Eliteeinheiten gelangt ist.

Ukrinform.ua: In der Ukraine leben über 42 Millionen Menschen

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes lebten zum 01. Dezember 2017 in der Ukraine 42 403 027 Menschen.

Die bevölkerungsreichsten Regionen des Landes sind Donezk mit 4 202 802 Menschen und Dnipropetrowsk mit 3 233 006. Die Einwohnerzahl in der Stadt Kiew beträgt rund 2,9 Millionen. In der Oblast Kiew, ohne die Hauptstadt, leben 1 753 066 Menschen. Die Regionen Charkiw, Lwiw, Odessa, Luhask haben mehr als 2 Millionen Einwohner. Die Regionen Tscherniwzi und Kirowograd sind mit je rund 900.000 Einwohnern die bevölkerungsärmsten Regionen der Ukraine.

Die Einwohner der besetzten Halbinsel Krim wurden in der Statistik nicht gezählt, teilte die Behörde mit. Die Einschätzungen können korrigiert werden.

de.sputniknews.com: Vier Jahre nach Maidan-Putsch: Ein Drittel der Ukrainer will auswandern

Die Mehrheit der Ukrainer teilt laut einer Umfrage zwar die Haltung der Regierenden zur Krim und zur Lage im Donbass, ist aber zugleich kritisch gegenüber dem eigenen Staat eingestellt, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Dienstag.

Das wird damit begründet, dass sich die Ukraine vier Jahre nach der angekündigten EU-Integration nicht unbedingt weit von Russland entfernt habe, weil sie kein neues Staatssystem auf Basis der europäischen Werte habe schaffen können.

In einer Umfrage des ukrainischen Meinungsforschungsinstituts Rasumkow-Zentrum und der Stiftung „Demokratische Initiativen“ wurde den Befragten eine Liste mit zehn Begriffen vorgelegt. Man sollte bestimmen, mit welchen Begriffen sie Russland bzw. die Ukraine assoziieren.

Die Punkte „Aggression“, „Grausamkeit“, „Diktatur“ lösten angesichts der offiziellen Position Kiews bei den Befragten Assoziationen mit Russland aus. Mit der Ukraine werden diese Begriffe jeweils von 2,6, 3,4 und 4,1 Prozent der Ukrainer assoziiert. Ein solches Verhältnis hängt Experten zufolge mit dem Einfluss der Medien auf die gesellschaftliche Stimmung zusammen. In diesem Kontext werden regelmäßige Umfragen des Kiewer internationalen Meinungsforschungsinstituts über die Einstellung der Ukrainer gegenüber Russland erwähnt. Bis 2013 waren maximal freundschaftliche Stimmungen zu erkennen – 80 bis 90 Prozent der Ukrainer hatten ein positives Bild von Russland. Nach dem Krim-Referendum und dem Kriegsbeginn im Donbass sanken die Werte auf 52 Prozent. Dieser Rückgang war in erster Linie mit Nachrichten aus den Medien zu erklären.

Laut den Umfrageergebnissen schätzen die Ukrainer die Ergebnisse der vor vier Jahren ausgerufenen EU-Integration nicht eindeutig ein. Der Begriff „Freiheit“ wird von 39,6 Prozent mit der Ukraine assoziiert. Bei „Gerechtigkeit“ sind es 24,5 Prozent, bei „Achtung der Menschenrechte“ — 20,6 Prozent, bei „Stabilität“ — 12,1 Prozent. Dem Soziologen Witali Bala zufolge ist zu erkennen, dass die Ukrainer keine großen Ergebnisse der Veränderungen sehen, von denen ein aktiver Teil der Gesellschaft während des Maidans träumte.

„Zuvor wurden solche Zahlen angeführt: 70 bis 80 Prozent der Ukrainer meinen, dass sich das

Land in die falsche Richtung entwickelt. Das heißt, dass es keine positiven Impulse gab“, sagte der Experte. Die Enttäuschung in der Gesellschaft könnte durch einen Ausbruch von Aggression abgelöst werden. „Das ist sehr gefährlich für das Land, vor allem angesichts des Kriegs im Osten“, so Bala.

Experten weisen darauf hin, dass in der Ukraine viele Menschen auf gepackten Koffern sitzen würden. Entsprechende Umfragen aus dem vergangenen Jahr (Meinungsforschungsgruppe Rating, Research&Branding Group) zeigten, dass ein Drittel der Ukrainer in erfolgreichere und stabilere Länder auswandern will. Am stärksten ist der Auswanderungswunsch unter jungen Leuten im Alter bis zu 30 Jahren vertreten. 53 Prozent von dieser Alterskategorie sind bereit, das Land zu verlassen.

Laut Umfragen sind die Hauptgründe der Auswanderungsstimmung der Wunsch der Ukrainer, ihre Lebensbedingungen zu verbessern (64 Prozent), eine bessere Zukunft für ihre Kinder (34 Prozent), kein guter Job in der Ukraine (23 Prozent). Nach Angaben der Meinungsforschungsgruppe Rating träumen die Ukrainer, die im Ausland arbeiten wollen, vom Umzug nach Deutschland (37 Prozent), Polen (26 Prozent), in die USA (22 Prozent), Kanada (21 Prozent), Tschechien (16 Prozent), Italien (15 Prozent), Großbritannien (14 Prozent). Russland wurde von sechs Prozent der Ukrainer gewählt.

de.sputniknews.com: Russlands Tourismusbehörde veröffentlicht Hotel-Schwarzliste vor WM  
Im Vorfeld der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft in Russland wird die nationale Tourismusbehörde (Rostourism) eine schwarze Liste mit Hotels veröffentlichen. Dies teilte der Behördenchef Oleg Safonow am Dienstag im Interview mit der Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ mit.

„Wir haben gemeinsam mit den regionalen Behörden und Marktteilnehmern eine systematische Arbeit begonnen, die darauf abzielt, grundlose Preiserhöhungen und einen Imageschaden des russischen Tourismus zu verhindern“, so Safonow.

Dabei betonte er, man hoffe, die Situation mit den Hotels in den russischen Städten, wo die Fußball-WM 2018 stattfinden wird, zu verändern.

Zuvor wurde bekannt, dass ein Hotel in Kaliningrad die Preise für seine Zimmer für die Zeit der WM um 5.000 Prozent erhöhte.

Dnr-online.ru: Am 23. Januar hat die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina im Rahmen der gesellschaftlichen Sprechstunden des gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ eine Bürgersprechstunde in Starobeschewo abgehalten. Mit Fragen kamen Bürger aus Starobeschewo und anderen Ortschaften des Bezirks. Die angesprochenen Probleme betrafen die Zahlungen zum Kauf von Haushaltskohle und die Wiederaufnahme der Ermäßigungen für pädagogische Mitarbeiter bei der Zahlung von Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen. Alle Fragen wurden von Larissa Tolstykina geklärt, zwei nahm sie unter ihre persönliche Kontrolle.

Außerdem wandten sich Leiter von territorialen Einrichtungen des sozialen Bereichs an die Ministerin. Während des Gesprächs wurde die Vermittlung von Arbeitssuchenden auf befristete Arbeitsstellen angesprochen.

Larissa Tolstykina merkte an, dass es im Bezirk die Notwendigkeit gibt, zusätzliche befristete Arbeitsplätze zu schaffen.

„Bürger, die in den Ortschaften des Bezirks leben, wenden sich oft an die territoriale Abteilung des Republikanischen Arbeitsamts mit der Bitte, bei der Arbeitsplatzsuche behilflich zu sein. Im Bereich der Beschäftigung der Bevölkerung liegen unsere vorrangigen Aufgaben darin, den Menschen zu helfen, unbefristete Arbeitsplätze zu finden, die ihrer Qualifikation entsprechen. Aber wenn es derzeit keine passenden freien Stellen gibt, schlagen wir eine Alternative vor – befristete Arbeitsplätze, die auch die Möglichkeit einer weiteren

Beschäftigung auf unbefristeter Grundlage vorsehen. Wir behandeln die Möglichkeit, in diesem Bezirk die befristete Arbeitsstellen entsprechend der Nachfrage zu erhöhen“, sagte Larissa Tolstykina.

Nach der Sprechstunde besuchte die Ministerin das territoriale Zentrum für soziale Dienstleistungen für die Bevölkerung der Stadt Starobeschewo, wo sie sich mit den Mitarbeitern unterhielt, von Problemen erfuhr und Wege zu deren Lösung erörterte. „Zum Tätigkeitsbereich der Sozialarbeiter gehört ein großes Spektrum an Dienstleistungen, der Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten, Zubereitung von Mahlzeiten, im Winter Unterstützung bei der Heizung von Wohnungen, bei der Zahlung von kommunalen Gebühren und vieles andere. Wir wissen, dass dies eine schwierige und verantwortungsvolle Arbeit ist. Unser Ministerium ist immer bereit zur Beratungen und dazu, allseitige Unterstützung bei der Lösung aufkommender Probleme zu leisten“, unterstrich Larissa Tolstykina.

de.sputniknews.com: Lawrow erkundigt sich bei Bloomberg über eigenen Gesundheitszustand

Der russische Außenminister Sergej Lawrow leidet nach Angaben der Agentur Bloomberg an einer Krankheit. Doch scheint der Minister selbst nichts davon zu ahnen. Deshalb hat Lawrow seine Sprecherin Maria Sacharowa gebeten, bei der Agentur nachzufragen.

Zuvor hatte ein Journalist sich bei Kremlsprecher Dmitri Peskow über Lawrows Gesundheit erkundigt. Peskow antwortete, er verfüge über keine Informationen zu irgendeiner Krankheit des Außenministers, und bat den Reporter, sich keine Sorgen zu machen.

Die Sprecherin des russischen Ministeriums fragte dann im Auftrag Lawrows bei Bloomberg nach. Wie Sacharowa auf Facebook schrieb, räumte die Nachrichtenagentur in ihrer Antwort ein, sich auf „Gerüchte“ berufen zu haben. Bloomberg interessiere sich für den gesundheitlichen Zustand des Chefdiplomaten im Zusammenhang mit möglichen Versetzungen in der russischen Regierung.

„Nicht schlecht, was? Das zeigt uns allen, wie sie arbeiten: Jede Lüge wird genutzt, um das Ziel zu erreichen. Was das für ein Ziel ist? Gute Frage“, schrieb Sacharowa weiter.

Ukrinform.ua: Über 2000 Masernfälle seit Anfang 2018, drei Menschen gestorben  
Mehr als 2000 Menschen sind seit Anfang 2018 in der Ukraine an Masern erkrankt. Im Land wurden drei Masern-Todesfälle bestätigt.

Das erklärte der Leiter des „Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine“ Wolodymyr Kurpita vor der Presse, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Lage bleibe laut Kurpita angespannt. Unter 2084 Erkrankten seien 1375 Kinder. 1398 Menschen, darunter 857 Kinder seien in Krankenhäusern behandelt worden. Zwei Kinder und eine erwachsene Person seien gestorben, alle in der Oblast Odessa.

Nach Angaben des Zentrums sind die Regionen Iwano-Frankiwsk – 463 Masernfälle, Tscherniwzi – 333, Transkarpatien – 331 und Odessa – 463 Masernfälle am meisten betroffen. In den Regionen Sumy und Tschernihiw wurden keine Masernfälle registriert. In den Regionen Charkiw und Riwne gibt es je einen Fall, in Luhansk und Schytomyr je zwei Fälle.

de.sputniknews.com: Sperrt IOC saubere russische Sportler? Peskow kommentiert „bedrückende News“

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Information über eine mögliche Nichtzulassung von zuvor als sauber eingeschätzten russischen Sportlern zu den Olympischen Winterspielen in Südkorea kommentiert. Es werde erwartet, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Situation klarstelle.

„Wir haben diese deprimierenden Nachrichten in den Medien gelesen. Wir bedauern es tief,

wenn diese Entscheidung tatsächlich getroffen wurde“, so Peskow in einem Briefing am Dienstag.

„Wir hoffen, dass die Situation in jedem Fall geklärt wird, weil die Kontakte zum IOC, wenn auch eingeschränkt, nach wie vor bestehen. Wir hoffen, dass es gelingen wird, im Rahmen dieser Kontakte die Situation mit unseren bekannten Sportlern klarzustellen.“

Zuvor waren in den Medien Berichte darüber erschienen, dass in der Kandidatenliste des IOC für einen Start unter neutraler Flagge bei den bevorstehenden Olympischen Winterspielen in Südkorea die russischen Sportler Anton Schipulin (Biathlet), Viktor Ahn (Shorttracker) und Sergej Ustjugow (Skiläufer) fehlen. Dabei sollen sie nicht in den Dopingskandal verwickelt gewesen sein.

Die diesjährigen Olympischen Winterspiele finden vom 9. bis zum 25. Februar im südkoreanischen Pyeongchang statt.